

An das
Präsidium des Nationalrats

E-Mail: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Stellungnahme zum Entwurf der
Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst
GZ BKA-920.196/0004-III/1/2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Entwurf für ein neues Lehrerdienstrecht wurde ohne sozialpartnerschaftliche Einigung in Begutachtung geschickt. Dieser Schritt ist einzigartig und wird von mir auf das Schärfste verurteilt.

Die geplante Erhöhung der Lehrverpflichtung um bis zu 40% (an Abendschulen bis 87 %) ohne entsprechenden Lohnausgleich lehne ich grundsätzlich ab, da dies im AHS-Bereich zu Einkommensverlusten im Laufe eines Berufslebens von über einer halben Million Euro führt.

Der Entwurf sieht auch keine Unterstützung der Lehrer durch entsprechend ausgebildetes Unterstützungspersonal in ausreichender Zahl vor. Daher führt die Erhöhung der Lehrverpflichtung automatisch zu einer Erhöhung der Arbeitszeit.

Im Entwurf für das neue Dienstrecht ist geplant, dass alle LehrerInnen unabhängig von den Gegenständen, die sie unterrichten, 24 Stunden „vor der Klasse stehen müssen“. Dies führt zur Schaffung einer „Zweiklassengesellschaft“. LehrerInnen mit „Korrekturgegenständen“ sind gezwungen weit mehr Stunden pro Woche zu arbeiten als solche mit Fächern ohne ständige Korrekturarbeit. Die Abgeltung der zusätzlichen Arbeit erfolgt dann durch Zulagen, die aber jederzeit gestrichen werden können bzw. im Rahmen von Gehaltsverhandlungen nicht angepasst werden müssen. Ich fordere die Einrechnung aller Tätigkeiten in die Jahresarbeitszeit.

Geplant ist weiters, dass alle Lehrpersonen gegen ihren Willen in jedem Fach, in jeder Schulstufe und in jeder Schulart eingesetzt werden können. Es ist wohl kaum davon auszugehen, dass z.B. ein ausgebildeter Physiker eine Fremdsprache ausreichend vermitteln kann! Diese Maßnahme führt zu einem massiven Qualitätsverlust bei der Ausbildung unserer Kinder!

Vor weiteren Verhandlungen über ein neues Dienstrecht ist festzulegen welche Aufgaben von Lehrern zu erfüllen sind und wie viel Zeit in einem Schuljahr jeweils dafür aufzuwenden ist. Eine Gesamtjahresarbeitszeit, die höher ist wie die anderer Berufsgruppen wird von mir abgelehnt.

Weiters fordere ich, dass in den nächsten Jahren verstärkt in den Aus- bzw. Neubau von Schulen investiert wird. Die Lehrer- und Schülerarbeitsplätze entsprechen an vielen Schulen nicht den Anforderungen eines modernen Unterrichts. Auch fehlt es oft an Räumlichkeiten für eine sinnvolle Freizeitgestaltung (mehrere Turnsäle, Spielplätze, ...).

Das geplante „Neue Dienstrecht“ führt zu keiner Qualitätsverbesserung des österreichischen Schulwesens, sondern stellt ein radikales Sparpaket nicht nur auf Kosten der Lehrerinnen und Lehrer sondern auch der Schülerinnen und Schüler dar!

Ich fordere die Zurücknahme dieses Entwurfes und eine Neuverhandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Hans Frasl